

Standpunkte

zur Frühjahrssession 2018 der Eidgenössischen Räte

Europapolitische Position

Aus Sicht von scienceindustries besteht nach wie vor **keine Dringlichkeit, die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen rasch abzuschliessen**, zumal auch die Brexit-Verhandlungen neue Erkenntnisse zeitigen könnten.

Neben den Mechanismen der Streitbeilegung (Rolle des EuGH, Verhältnismässigkeit allfälliger Kompensationsmassnahmen) sind für die Industrie die **Art und Weise der Festlegung des relevanten EU-Acquis und der erforderlichen Rechtsübernahme von grosser Bedeutung**. Aus Sicht von scienceindustries sind folgende zwei Aspekte zentral:

- Der für den Binnenmarktzugang relevante **Acquis muss unbedingt gemeinsam von der EU und der Schweiz festgelegt werden**.
- Eine **nur teilweise Rechtsübernahme des als relevant bezeichneten Acquis muss weiterhin möglich bleiben**, was die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Rechtsbestimmungen voraussetzt (Äquivalenz-Ansatz).

17.046 (SR) VI Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)

NEIN zur Volksinitiative, denn diese **gefährdet wirtschaftlich wichtige Vertragswerke** (wie z.B. Freihandelsverträge, WTO-Mitgliedschaft, TRIPS usw.) und würde damit auch die **Rechtsunsicherheit erhöhen**.

17.023 (SR) VI Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle

NEIN zur Volksinitiative. Diese schwächt die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft und schränkt mit **zusätzlichen Zöllen** den ausserwirtschaftlichen Handlungsspielraum der Schweiz ein. Weiter verlangt die Initiative, dass der **Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft auf Verfassungsebene verboten wird, was aus Sicht von scienceindustries jeglicher wissenschaftlicher Grundlage entbehrt**.

16.073 (SR) VI Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)

NEIN zur Volksinitiative. Die Fair-Food-Initiative verlangt Lebensmittel aus einer naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen. Das Ziel ist nachvollziehbar, indes ist **der Weg, wie ihn die Initiative**

gehen will, weder realistisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Gerade mit Blick auf die Versorgung unseres Landes mit einheimischen und importierten Produkten wäre **der geforderte Verzicht auf einen Grossteil der für die Versorgung nötigen Importwaren ökologisch und wirtschaftlich falsch**.

18.008 (NR/SR) Bericht. Aussenwirtschaftspolitik 2017

JA zur Weiterentwicklung des ISA-Vertragswerks und des Freihandelsabkommensnetzes sowie der **Modernisierung bestehender Abkommen**. Investitionsschutzabkommen (ISA) spielen eine zentrale Rolle, da sie für Auslandsinvestitionen eine erhöhte Rechtssicherheit bieten. **Bei Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern in Asien sind die internationalen TRIPS-Mindeststandards einzuhalten**. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des gegenseitigen Marktzugangs mit der EU ist zentral. Mit den USA ist der handelspolitische Dialog weiterzuführen. Mit dem Vereinigten Königreich ist alles daran zu setzen, die bisherigen intensiven wirtschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz durch neue Vertragswerke (z.B. FHA CH-UK) zu sichern.

17.3622 (NR) Abbau von Handelshemmnissen bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. In der EU zulässige Health Claims sollen auch in der Schweiz möglich sein

NEIN zur Motion. In der Schweiz sind «Health Claims» bzw. gesundheitsbezogene Angaben Teil der Arzneimittelzulassung, wobei die **Annahme der Motion eine rechtliche Ungleichbehandlung für Schweizer Zulassungsinhaberinnen schaffen würde**. Zudem ist die vereinfachte Zulassung von Produkten der Abgabekategorie E heute schon möglich und mit der verabschiedeten HMG-Revision werden gerade für die nicht-verschreibungspflichtigen Arzneimittel weitere Zulassungsver-einfachungen eingeführt.

17.3623 (NR) Abbau von Handelshemmnissen. Keine Abweichungen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip bezüglich optischer Darstellung von Produktdeklarationen

NEIN zur Motion. **Das Anliegen der Motion ist bereits erfüllt**. Bei Abweichungen der Schriftgrösse von den Schweizer Anforderungen können Produkte dank dem Cassis-de-Dijon-Prinzip trotzdem in Verkehr gebracht werden.

17.3624 (NR) Abbau von Handelshemmnissen. Anerkennung von in der EU durchgeführten Produktprüfungen

JA zur Motion. scienceindustries unterstützt den Auftrag zur Überprüfung der Produktkategorien in Bezug auf eine mögliche Cassis-de-Dijon-Unterstellung. **Produkte, für die das Heilmittelgesetz (HMG) Anwendung findet, sind jedoch von der Überprüfung auszuschliessen**, da deren Parallelimport das Schweizer Zulassungsverfahren ad absurdum führte und der Konsumentensicherheit entgegen stünde.

16.3332 (NR) Bei den Verhandlungen mit Malaysia muss der Bundesrat Palmöl vom Freihandelsabkommen ausnehmen

NEIN zu einer Ausklammerung von Palmöl. Eine Ausklammerung des Palmöls vom Freihandelsabkommen mit Malaysia führt zu einem Scheitern der Verhandlungen und damit zu einer **Benachteiligung von Schweizer Unternehmen gegenüber Mitbewerbern aus der EU und den Mitgliedsländern der Transpazifischen Partnerschaft TPP**. Ein Freihandelsabkommen bietet durch die engere Beziehung mit dem Handelspartner zudem die Möglichkeit, die nachhaltige Produktion weiter zu fördern.

16.3558 (NR) Die schädliche Mengenausweitung des Palmölkonzsums stoppen

NEIN zu einer Erhöhung des Zollansatzes. Neben den Wettbewerbsnachteilen der Schweizer Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Mitbewerbern sendet die Erhöhung des Zollansatzes ein falsches Signal gegenüber den Entwicklungsländern wie Malaysia und Indonesien aus, zu deren Hauptexportinteresse das Palmöl zählt. Damit würde der **Abschluss der laufenden, gemeinsam mit den anderen EFTA-Staaten geführten Verhandlungen über Freihandelsabkommen verunmöglichlich**.

16.4149 (NR) Mo. Grossen. Nix Kohlestrom!

NEIN zur Motion. Die Motion verlangt eine gesetzliche Grundlage, damit aller nicht erneuerbar erzeugter Strom mit erneuerbaren Herkunftsnachweisen versehen wird. **Die aktuelle revidierte Energieverordnung sieht eine Pflicht von Herkunftsnachweisen bereits vor.** Eine weiterführende Verpflichtung zum Bezug von erneuerbaren Nachweisen ist nicht zielführend und belastet den Wirtschaftsstandort Schweiz zusätzlich.

17.3072 (NR) Mehrheitsfähige Lösung für die zweite Etappe der Energiestrategie 2050

NEIN zum Postulat. Ein Bericht wie im Postulat gefordert ist nicht zielführend und birgt das **Risiko von Doppelspurigkeiten mit den aktuell laufenden Aktivitäten in den Bereichen Energie** (Umsetzung

Energiegesetz und Vorbereitung Stromversorgungsgesetz) **sowie Klimaschutz** (totalrevidiertes CO₂ Gesetz aktuell in der parlamentarischen Prüfung).

15.083 (NR) KVG. Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit

Nichteintreten. Das vom Bundesrat geforderte Modell zur Qualitätsförderung führt nur zu einer **nicht sachdienlichen Kompetenzkonzentration im BAG** anstatt Netzwerklösungen zu favorisieren, wie dies breit gefordert wird. Zudem ist auch die damit einhergehende zusätzliche Finanzierung abzulehnen.

17.3860 (SR) Mo. Baumann. Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

NEIN zur Motion, da der Lastenausgleich wie eine **Zusatzsteuer für die Privatwirtschaft wirkt und damit den Wettbewerb behindert**. Per Saldo würden über 200 Mio. Franken pro Jahr von der Privatwirtschaft an die kantonalen Auffangeinrichtungen fließen. Weiter würde der heute bestehende **landesweite Ausgleich der Branchenkassen bei einer Annahme der Motion in je ein Beitragssatz-Ausgleich pro Kanton zerstückelt**. Diese Aufsplitterung in 26 unterschiedliche Sätze verursacht einen zusätzlichen administrativen Aufwand, der keinen Mehrwert für die Familien bringt.

16.075 (NR) Organisation der Bahninfrastruktur

JA zur Organisation der SBB Cargo als eigenständiges Unternehmen und zur Überführung der Trassenvergabestelle in eine unabhängige Anstalt des Bundes.

16.319 Kt.IV. TG. (SR)

Gentechfreie Schweizer Landwirtschaft

NEIN zu einer noch weiteren Ausdehnung des Gentech-Verbots in der Landwirtschaft. Die Ständesinitiative fordert aufgrund fachlich nicht haltbarer Gefährdungs-Szenarien ein langfristiges Verbot für die Gentechnik in der Landwirtschaft. Sie ignoriert damit sowohl den aktuellen Stand des Wissens aus der weltweiten Forschung und landwirtschaftlicher Praxis, als auch den raschen Fortschritt bei der Entwicklung neuer Pflanzensorten.

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech. Seine rund 250 Mitgliedfirmen erwirtschaften über 98% Ihrer Umsätze im Ausland und tragen als grösste Exportindustrie 45% zu den Gesamtexporten und rund 40% an die privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz bei.

Ihr Kontakt bei scienceindustries:

Marcel Sennhauser

Vorsitzender der Geschäftsleitung

Tel. 044 368 17 44

marcel.sennhauser@scienceindustries.ch